Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver in Westfalen. = Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver, Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver;

Nr. 58 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 3.00, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mk. 3.12. | **Halver** Montag, den 10. März | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **1919**

Bürokratisierung und Sozialisierung.

Von einem Sozialpolitiker wird uns geschrieben: Es ist durchaus begreiflich, wenn das Wort Sozialisierung bei allen denen, die nicht auf das Programm der Sozialisierung eingeschworen sind, gewisse unangenehme Vorstellungen erweckt. Selbst Menschen, bei denen es sich keineswegs um Werte handelt, die ihnen persönlich entzogen werden, empfinden vor dem Wort, wenn auch nicht ein gelindes Grauen, so doch zum mindesten ein gewisses beängstigendes Gefühl. Es erhebt sich unter der Masse des nichtbesitzenden Bürgertums ein starker Widerspruch gegen die Sozialisierung, da sie nach der Meinung vieler nichts weiter ist, als eine Stärkung der Bürokratie und eine Steigerung des Einflusses des Staates zum Schaden der freien Betätigung des Individuums. Übersieht man die Leistungen der Bürokratie und der sogenannten Kriegswirtschaft, dann ist das Mißtrauen durchaus begreiflich. Die unglückselige Kuppelung zwischen Beamtenhirarchie und freiem Unternehmertum, die durchaus ein Produkt der Not war, hat die Sache der Staatswirtschaft außerordentlich diskreditiert. Ihr eigentlicher Zweck sollte darin bestehen, dem Staate die Übersicht und die Verfügung über Zweige der Volkswirtschaft zu geben, die er für die Kriegswirtschaft oder für die Volkswirtschaft dringend benötigte. Das ganze war ein aus der Not geborenes Provisorium, in dem sich zwei Interessengruppen, deren Interessen vollkommen auseinanderliefen, für einen gemeinsamen Zweck zusammenfanden. Abgesehen von Fehlern des idealen Zugs fehlte vor allem eins, eine objektive wirklich sachverständige Kontrollinstanz. Die Wirkungen dieses organischen Produkts hat das deutsche Volk zu seinem Schaden und zu seinem Schrecken lange genug an seinem Leibe verspüren müssen. Darum ist die Abneigung verständlich, die sich in weiten Kreisen gegen eine weitere Ausdehnung der staatlichen Vollmachten auf wichtige Zweige des Wirtschaftslebens bemerkbar macht. Man befürchtet eine Neuauflage der verhaßten Methode, abgesehen davon, daß man einen Rückgang und eine Minderung in den Erträgen der sozialisierten Betriebe gegenüber der freien Wirtschaft voraussieht.

Sind die Befürchtungen aber wirklich berechtigt, und gibt es tatsächlich nicht einen Weg, der keine Verschlechterung, sondern eine Besserung dieser Schäden bedeutet? Diese Frage ist mit einem Ja zu beantworten. Es soll zugegeben werden, daß der Weg zur Umgestaltung der Staatsbetriebe in Musterbetriebe nach jeder Hinsicht keineswegs einfach ist. Es gehört dazu mehr, als die Unterschrift unter das Dekret, das den Staat zum Besitzer und Leiter wichtiger Produktionszweige macht. Dafür ist nicht nur eine Umstellung der Besitzverhältnisse, sondern auch eine Umstellung im Denken und Fühlen aller der Menschen erforderlich, die durch diesen Vorgang aus freien Arbeitern zu Staatsangestellten werden. Je weiter die deutsche Wirtschaft sozialisiert wird, desto deutlicher zeigt es sich, wie sehr anstelle des individualistischen Denkens eine kollektivistisches Denken treten wird und treten muß. Das heißt mit anderen Worten, das Ideal des einzelnen Individuums wird nicht mehr das Streben nach möglich großen Vorteilen für sich sein, sondern es wird einsehen lernen, daß die Arbeit für die Gemeinschaft sein höchster ethischer Zweck sein muß, und daß jede Steigerung des Gemeinvermögens und des Gemeinwohls auch eine Steigerung seines persönlichen Wohls und seines persönlichen Glücksempfindens bedeutet. Diese Neuformung des Pflichtbegriffes ist keineswegs etwas Unerhörtes und Niedagewesenes, er ist nur ein den neuen Verhältnissen angepaßter. Beispielsweise entsprang das Pflichtbewußtsein der alten preußischen Bürokartie, der der preußische Staat seine Größe allermeist verdankt, ähnlichen Anschauungen. Der Unterschied zwischen den Aufgaben der alten und der neuen Bürokratie ergibt sich aus den vollkommen veränderten Verhältnissen. Außerdem war die Methode der bisherigen Bürokratie veraltet, da sie ihre Tätigkeit in einem engumgrenzten Sinne und ohne Rücksicht auf die veränderten Bedürfnisse der Volksgemeinschaft ausübte. Die neue Bürokratie muß naturgemäß zu einem organischen Teil des Volkslebens und der Volksentwicklung werden, denn erstens wird der Staat für die sozialisierten Betriebe Menschen heranziehen müssen, die frei sind von Vorurteilen und deren Blick nicht eingeengt ist durch eine engumgrenzte Erziehung. Die neue Beamtenschaft wird hohes Pflichtgefühl mit Verständnis für alle Fragen des modernen Wirtschaftslebens und der modernen geistigen Entwicklung vereinen müssen. Als oberste Voraussetzung aber werden auch sie sich davon leiten lassen müssen, daß das höchste Gesetz das Wohl aller Volksgenossen ist. Dann aber wird die neue Beamtenschaft nicht nötig haben, da sie materiell durchaus den veränderten Verhältnissen entsprechend sichergestellt ist, nach Möglichkeiten zu trachten, durch die sie den Staat und die übrigen Volksgenossen schädigt.

Dann wird es sich zeigen, daß die Sozialisierung keineswegs jenes Schreckgespenst darstellt, das sie heute noch, unter alten Gesichtspunkten gesehen, für viele bedeutet. Zwar wird es noch einer mühsamen inneren und äußeren Arbeit bedürfen, um zu jenem Idealzustand zu gelangen, aber wenn bei allen Beteiligten der ernsthafte Wille vorhanden ist, die sozialisierten Betriebe zu wirklich nutzbringenden Institutionen der Gemeinschaft umzubauen, dann wird es sich zeigen, daß die Sozialisierung für die Zukunft des deutschen Volkes keine Schädigung, sondenr einen wirklichen Segen bedeutet.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 7. März. Die Sitzung wird um 3,35 Uhr eröffnet. Die Interpellation über die Sicherstellung der Ernährung Deutschlands wird die Regierung am Montag beraten. **Erste Beratung des Sozialisierungsgesetzes und des Kohlenwirtschaftsgesetzes.**

Reichsminister Wissel:

Die Regierung mußte unerfüllbaren Wünschen gegenüber hart bleiben. Die politischen Umwälzungen gaben dem werktätigen Volke die Zuversicht, es werde in naher Zukunft auch sein wirtschaftliches Zukunftsideal verwirklicht werden. Das werktätige Volk will jetzt Tatsachen und schreitet überall selbst zur Tat. Schon droht die Anarchie, die zu Tod und Untergang führt. In dieser Wirrnis hält es die Reichsregierung einmütig für ihre Pflicht, durch die Gesetzgebung dem sozialistischen Streben ein legales Feld der Betätigung zu eröffnen. Aber die neue Zeit kann nicht neue Freiheiten bringen, sie muß auch Pflichten auferlegen. Dem entspricht das Recht auf Freiheit und die Pflicht der Gesamtheit, allen arbeitswilligen Arbeitslosen den notwendigen Unterhalt zu gewähren. Dem Gesetz über die Kohlenwirtschaft wird unmittelbar ein Gesetz über die Kaliwirtschaft folgen. Zur gesetzlichen Regelung reif ist die Kohlenwirtschaft. Als Sachwalter der Allgemeinheit werden die unmittelbar beteiligten Kreise zur Verwaltung herangezogen. Finanzpolitisch müssen möglichst hohe Einnahmen des Reiches aus der Kohlenwirtschaft erstrebt werden. Das Reich wird sich nicht scheuen, in die sogenannten wohlerworbenen Rechte oder in die privaten Bergregale einzugreifen. In der Kokerei und in der Eisen- und Stahlindustrie, die mit den Zechen eng verbunden sind, sind überstürzte Eingriffe zu vermeiden, da sie gewiß zu Mißerfolgen führen könnten.

Abg. Hue (Soz.):

Von einer sogenannten Verstaatlichung der Kohlenzechen ist abzusehen. Die Sozialisierung im einzelnen betrieben ist das Gegenteil von Sozialismus. Betriebszechenräte zur Kontrolle des Gesamtproduktionsprozesses halten wir für durchaus nötig. Eine Kommissionsberatung halten wir für nicht erforderlich. Das private Interesse muß sich dem Gemeininteresse beugen.

Abg. Dr. Brauns (Zentr.):

Die Privatgewinnsucht hat im Kriege wahre Orgien gefeiert. Als Gegenströmung gegen den Geist des Mammonismus ist eine gewisse Sozialisierung durchaus gerechtfertigt. Sozialisierung bedeutet für die Arbeiter nicht nur eine Geldfrage, sondern der Mensch will als solcher geachtet werden im Produktionsprozeß. Sofern die Gesetzentwürfe diesen Gedanken zur Geltung bringen, stimmen wir ihnen zu. Dem an zweiter Stelle stehenden Gesetz fehlt jeder Nachdruck Die Erfahrungen der Kriegswirtschaft ermutigen nicht dazu alles in einen großen Topf der Reichszukunft zu werfen. Die Annahme des Sozialisierungsgesetzes wird als eine Tat in der Kulturgeschichte der Menschheit verzeichnet werden.

Abg. Kempke (Deutsch-Natl.):

Wir können uns von einer Sozialisierung sowohl für die Produktion wie für die Arbeiter keinen wesentlichen Vorteil versprechen. Unsere Bedenken erhöhen sich dadurch, daß die Sozialisierung gerade in der jetzigen Zeit gemacht wird. Mit dem Mantelgesetz wird der erste Schritt auf der Bahn getan, von der wir nicht wissen, wohin sie führt. Die Regierung scheint gewisse Rücksichten nehmen zu müssen vor den anstürmenden Massen draußen. Das Gesetz ist eine Kapitulation der Regierung. In der Kommission werden wir trotzdem weiter arbeiten.

Reichsminister Wissel:

Die Regierung hat das Gesetz aus eigenem Antrieb eingebracht. Unbegründeten und unerfüllbaren Forderungen wird mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

Abg. Dr. Dernburg (Demokrat):

Das Rückgrat unserer Wirtschaft hat die Privatinitiative und die Privatwirtschaft zu bilden. Sozialisiert können nur die hierzu geeigneten Unternehmungen werden. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir gegen den Entwurf schwere Bedenken. Von der Mitarbeit der Arbeiter in den Selbstverwaltungskörpern erwarten wir etwas sehr gutes. Die demokratische Partei wird die Vorlage äußerst wohlwollend prüfen. — Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag 10 Uhr vertagt.

*

Der Zugverkehr von Weimar nach Erfurt und Eisenach ist wieder aufgenommen worden. Nach München wird er voraussichtlich heute wieder betriebsfähig.

Der Abbruch der Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung.

hat in ganz Deutschland starke Erregung hervorgerufen, die sich in entrüsteten Kommentaren der Presse widerspiegelt. Was wollte denn die Entente eigentlich liefern? Nach dem schon mitgeteilten Bericht über die Verhandlung, die über diese Frage in Spa geführt wurde, hatte die Entente die Absicht, 270 000 Tonnen und vielleicht noch 100 000 Tonnen, im allergünstigsten Falle also 370 000 Tonnen = 370 Millionen Kilogramm Lebensmittel zu liefern. Auf eine Bevölkerungszahl von 70 Millionen Menschen macht die absolut gleichmäßige Verteilung dieser Menge Lebensmittel auf den Kopf rund 10 Pfund aus. Hätte das den einzelnen gerettet? Hätte diese winzige Menge das Hunger-Elend, dem wir entgegengehen, vermieden? Beide Fragen wird jeder Einsichtige verneinen. Für die Lieferung dieser Lebensmittel aber wurde die Auslieferung unserer gesamten Handelsflotte verlangt. Gegenwärtig liegen in unseren Häfen und auf den Hellingen noch rund 2 Millionen Tonnen Handelsschiffsraum. Welchen ungeheuren Wert repräsentiert diese Flotte heute, materiellen und ideellen Wert in dieser schiffsarmen Welt! Ist das kaufmännisch gesprochen, ehrlicher und anständiger Handelstausch? Es ist Schleichhandel, bei dem man auf Seiten der Entente wie die Schieber in deutschen Landen skrupellos die Notlage ausnutzt, wuchert und erpreßt. Wie aber, werden die anderen sagen, wenn wir nun nichts zu essen bekommen und nach Angaben unserer eigenen Staatsmänner nur noch auf Wochen versorgt sind, was dann? — Wenn wir nun tatsächlich nichts von der Entente bekommen, von dem Überfluß, den die Vereinigten Staaten für Europa zum Verzehr übrig haben? Darauf ist zu antworten: Es kommt der Tag, an dem die Entente froh sein wird, wenn sie uns Lebensmittel überhaupt noch liefern kann. Deutschland ist ein niedergebrochener Riese. Sein Todeskampf ist entsetzlich, lang und qualvoll. Im Osten steigen bereits die Aasgeier des Bolschewismus auf und warten auf die Todesstunde des Riesen. Ihr Flug wird, wenn sie aufsteigen, nicht an dem Militär-Kordon Halt machen. Ideen pflegen sich um Grenzpfähle nicht zu kümmern. Will die Entente wirklich die Gefahr auf sich nehmen, daß auch sie von den Fieberschauern ergriffen wird, die jetzt seit Wochen den deutschen Volkskörper durchrasen? Das vermögen wir nicht zu glauben, der einfache Selbsterhaltungstrieb wird die Entente davor abhalten. Sie wird auch sagen müssen, daß das deutsche Volk einen Wall gegen den Bolschewismus, nicht aber die Beute für die Gefahr im Osten werden darf. So liegen die Dinge. Der gestrige Abbruch der Verhandlungen über das Lebensmittel- und Schiffahrtsabkommen (die übrigen Kommissionen in Spa tagen, und beraten selbstverständlich weiter) ist ein Menetekel. Hoffentlich versteht die Entente die Flammenzeichen zu lesen!

Das Haager Blatt „Het Vaderland" schreibt zum Abbruch der Verhandlungen in Spa: Es dauert nicht mehr lange und Deutschland brennt lichterloh. Die Entente sieht die Gefahr für die angrenzenden Länder und rührt trotzdem keinen Finger, um den Brand zu löschen. Sie wirft im Gegenteil noch Bomben ins Feuer.

Die Ernährungsfrage im Industriegebiet.

Die Bergleute der Zeche General Blumenthal entsandten eine Vertrauenskommission nach Berlin, die bei den verschiedenen Reichs- und Landesbehörden vorstellig wurde. Der Vorsitzende der Reichskartoffelstelle, dem der Wunsch auf Wiedergewährung der früheren 7 Pfund-Menge unterbreitet wurde, erkannte die schwerwiegende Bedeutung der Rationsverkürzung an, versicherte aber, sie zum Nutzen der Allgemein-Versorgung durchführen zu müssen. Die Industriezulage (2½ Pfund wöchentlich) bleibe bestehen. Im Landesfleischamt wurde Beschwerde darüber geführt, daß die volle Fleischration von 250 Gr. nicht zur Verteilung komme. Der Leiter des Fleischamtes gab seinem Bedauern über die Notwendigkeit der Verkürzung Ausdruck. Sie erkläre sich aus dem Rückgang der Schlachtviehablieferung und der Notwendigkeit, in die Milchviehbestände einzugreifen. Eine Besserung der Fleischversorgung könne nur durch Einfuhr herbeigeführt werden. Die zu erwartenden 35 000 To. Schweinefleisch und Speck sollten dem Industriegebiet zum Ausgleich der Fehlmengen zu Gute kommen. Im Staatskommissarat für Volksernährung wurde der Kommission erklärt, daß die Brotversorgung einstweilen noch gesichert sei. Nährmittel würden ab 15. März in etwas erhöhter Menge (120 Prozent) geliefert. Im übrigen stehe es schlecht um die Lebensmittelversorgung, wenn nicht schnelle und reichliche Einfuhr erfolge. Diese hänge aber davon ab, daß Ruhe und Ordnung herrschten und fleißig gearbeitet werde. Der Staatssekretär warnte vor allgemeinen Haussuchungen, wie sie hier gefordert werden. Sie brächten viel Aufregung aber wenig Erfolg.

Epidemische Krankheit in Wien.

Die Wiener Blätter melden, daß der vollständige Mangel an Eiern, Fleisch und Mehl, sowie die Knappheit an anderen Lebensmitteln eine neue epidemische Krankheit in Wien hervorrief, die man am besten mit Rachitis bei Erwachsenen bezeichnen könne. Die Krankheit nimmt bisher einen gutartigen Verlauf.

Die Berliner Straßenkämpfe.

Die Krisis überwunden.

Die Berichte der an den Straßenkämpfen beteiligten Truppen ergeben folgende Darstellung. Die Regierung übertrug den Schutz der Hauptstadt der Gardeschützdivision und den ihr unterstellten freiwilligen Truppen. Das Polizeipräsidium wurde von Schutzleuten und Teilen des Alexanderregiments verteidigt. Am 5. März, abends 10 Uhr, eröffneten die Aufrührer das Feuer auf das Gebäude aus Feldgeschützen, Minenwerfern und Maschinengewehren. Bis zum 6. März, 4 Uhr nachmittags erfolgte Angriffe wurden abgeschlagen. Die Gardekavallerieschützendivision hatte den Gegenangriff der Marinebrigade, dem Sturmbetachement Henschke und Teilen der deutschen Schutzdivision übertragen. Am 6. März, 2,50 Uhr nachmittags drängten die Freiwilligen im Gegenangriff gegen den Alexanderplatz und die umliegenden Straßen die Spartakusleute überall zurück. Den Kern der Spartakisten bildeten die Volksmarinedivision. Große Teile der Soldatenwehr gaben den Angriff auf das Polizeipräsidium auf und räumten den Alexanderplatz unter Zurücklassung zahlreicher Toter und Verwundeter. Die Barrikaden wurden zerstört und dem Gegner nach Osten und Südosten nachgedrängt. Die Volksmarinedivision verwandelte ihr Quartier, das Marinehaus an der Jannowitzbrücke, unter Verwendung von Artillerie, Minenwerfern und Maschinengewehren in eine Festung. Nach einem kurzen Wirkungsschießen mit schweren Feldhaubitzen erhielt das Haus drei Treffer. Unter der Besatzung brach eine Panik aus. Sie warf die Waffen in die Spree und versuchte zu entkommen. Jedoch wurde der größte Teil gefangen genommen. Um die Besatzung im Realgymnasium in der Elisabetherstraße zur Übergabe zu zwingen, zündeten die Aufrührer vor Türen und Fenstern große Feuer an. Gerade zur rechten Zeit entsetzten die Verfolgungskommandos die Verteidiger. Auch hier hatte Spartakus schwerste Verluste. In Neukölln schaffte das Detachement Neuville der Gardekavallerieschützendivision sowie das Reserveregiment 64 Ordnung. Gegen 4 Uhr nachmittags ist die Gesamtlage etwa folgende: Die Spartakisten, bestehend aus Angehörigen der Volksmarinedivision, der republikanischen Soldatenwehr und allerlei lichtscheues Gesindel, zogen sich auf die Gegend der Köpenicker und Große Frankfurter Straße zurück. Die Verluste der Spartakusmänner sind sehr groß. Wenn auch der letzte Widerstand noch

bensmitteltransporte für den neugegründeten jugoslawischen und tschechisch-slowakischen Staat aufhält, Schritte unternommen worden, um Italien von der Versorgung mit amerikanischen Lebensmitteln auszuschließen.

Der württembergische Staatspräsident.

Aus Stuttgart wird mitgeteilt: In der Landesversammlung wurde mit 100 von 129 abgegebenen Stimmen der bisherige Ministerpräsident Blos zum Staatspräsidenten gewählt.

Belagerungszustand über Allenstein.

Im Bereich des 2. Armeekorps, dessen Sitz sich in Allenstein befindet, ist mit Rücksicht auf den in Polen bestehenden Kriegszustand der Belagerungszustand verhängt worden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 10 März.

—* **Die Handelskammer zu Arnsberg macht darauf aufmerksam, daß die Zuteilung von Stärke für die berufsmäßigen Wäscherinnen und Plätterinnen für die nächste Verteilungsperiode April/Mai nur noch erfolgen kann, wenn der Bedarf sofort angemeldet wird.**

—* **Die Verzeichnisse der Postscheckkunden bei den Postscheckämtern im Reichs-Postgebiet werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1919 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Postscheckkunden erhalten die Druckwerke auf Wunsch von ihrem Postscheckamt unter Abbuchung des Preises, auch können sie sich den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postscheckamt sichern.**

— **Halver,** 10. März. **Die Eheleute Carl Boß und Emilie, geb. Tweer zu Halver, Lohstr. können am heutigen Tage ihr silbernes Ehejubiläum begehen. Wir gratulieren herzlichst.**

+ **Halver,** 10. März. **Walter Heimann von hier, der im Monat Dezember 1916 als Schreiber zum Bezirkskommando Siegen einberufen wurde und sich durch Fleiß, gutes Betragen und zufriedenstellende Leistung die Gunst seiner Vorgesetzten erworben hat, ist am 1. März zum Unteroffizier befördert worden.**

= **Ehringhausen,** 10. März. **Der Geflügelzuchtverein für Ehringhausen und Umgegend hielt am Samstag, den 8. seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Während der langen Kriegsdauer hat die Vereinstätigkeit fast voll und ganz geruht. Der noch ziemlich junge Verein sieht sich daher veranlaßt, wieder von neuen anzufangen, um die durch den Krieg stark zurückgegangene Geflügelzucht wieder zur Blüte zu bringen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende vier verstorbener Mitglieder, noch besonders zweier gefallener Helden, W. Wehner, Dahlhausen und Lin d. J. Wilmsmann, Ehringhausen. Das Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Wiebusch, Dahlhausen. Nach Prüfung desselben durch die Herren Haydock und Bremicker wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In Anbetracht seiner Verdienste um die Geflügelzucht wurde Herr Alfred Berghaus, Oberbrügge zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden sämtlich wiedergewählt. Vier neue Mitglieder hatten ihren Beitritt erklärt und wurden aufgenommen. Um einigermaßen gutes Zuchtmaterial zu bekommen, wurde den Mitgliedern empfohlen, aus guten Zuchtstationen Bruteier zu entnehmen. Der Verein erstattet denselben Preis für Bruteier zurück. Auskunft in der Bruteierbeschaffung erteilt Herr L. Steinbach, Ehringhausen. Als Vereinszeitung wurde der „Deutsche Rassezüchter" empfohlen. Bestellungen auf diese Zeitung werden vom Schriftführer Schröder M.-Herweg für die Monate April bis Juni bis 15. ds. Mts. entgegengenommen. Möge es dem Verein vergönnt sein, recht tatkräftig mitzuwirken an dem Wiederaufbau unserer zerrütteten Ernährungsverhältnisse, dann wird der Zweck des Vereins erst voll und ganz erfüllt werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn sämtliche noch Fernstehende dem Verein beitreten.**

Bochum, 8. März. Die erste Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums wird wahrscheinlich von einer Frau geleitet werden. Altersvorsteherin des Kollegiums ist nämlich Frau Alma Römer.

Kamen, 10. März. Ein Straßenbahnschaffner, Vater von zehn Kindern, unterhielt ein Verhältnis mit einer Kriegerwitwe, das letztere lösen wollte. Der Liebhaber erschien in der Wohnung der Witwe und feuerte mehrere Schüsse auf sie ab. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Beide wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Beckum, 10. März. Ein trauriges Thema für die Landwirtschaft bildet in gegenwärtiger Zeit die Düngerfrage. Durch die Maßnahmen, die der vierjährige Weltkrieg auf wirtschaftlichem Gebiete gezeitigt hat, ist der Düngermangel, sowohl an tierischem Dünger als auch an Kunstdünger, immer größer geworden; ebenso haben die Erträge bei allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen von Jahr zu Jahr mehr abgenommen, und trotzdem der Krieg beendet ist, haben wir den größten Tiefstand der Erträge von Getreide und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch nicht erreicht. Die Hungersnot steht vor der Türe und ist stellenweise schon da. Wenn nun die Regierung nicht bald eingreift und den Hunger der Landwirte nach Kunstdünger, besonders nach Stickstoffdünger, in etwa stillt, so werden die Erträge noch mehr sinken. Die Ernährungsfrage wird dann im künftigen Jahre noch schwieriger und die schrecklichste Hungersnot ist unausbleiblich. Warum muß das „schwefelsaure Ammoniak" in den Lagerhäusern der Fabriken lagern, und warum bringt man es nicht sofort für die Landwirtschaft in den Handel? Warum soll es erst zum Mai in größeren Mengen abgegeben werden? Jetzt ist es hohe Zeit für die Kopfdüngung des Winterkorns. Im Mai kommt der Stickstoffdünger für die Halmfrüchte, also für die Brotfrüchte, zu spät. Sofortige Hilfe ist doppelte Hilfe.

Paderborn, 8. März. Aus der Diözesan-Chronik des Jahres 1918 sei folgendes mitgeteilt: Es starben 31 Priester; darunter waren 2 Jubilarpriester, 11 Pfarrer, 7 Emeriti. In den Ruhestand traten 3, in die Diözese aufgenommen wurden 2 Priester. Zu Priestern geweiht wurden zu Ostern 8, im Herbst 4 Alumnen (dazu 6 Missionare von Oeventrop.) An der Theolog. Akademie studierten im Sommer 26, zu Beginn des Wintersemesters 23 Theologen, ferner 7 an auswärtigen Universitäten. 192 waren zum Heeresdienst einberufen. 70 Theologen sind insgesamt während des Krieges für das Vaterland gestorben. Im Priesterseminar waren im Sommer 6 Alumnen (2 aus dem Apost. Vikariat Sachsen), zu Beginn des Winters 5.

Bielefeld, 8. März. Ein Vorfall, der Mitleid und Ergötzen zugleich auslöste, ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof, wo ein Bäuerlein aus der Umgegend Paderborns seine Erlebnisse jedem, ob er sie wissen wollte oder nicht, erzählte. Der Bauer war nach hier gekommen, um sich am Sonntag in Behandlung eines Arztes zu begeben. Nachdem er in einem Gasthause übernachtet, begab er sich gewohnheitsgemäß in die kathol. Kirche. Aber wie groß war sein Entsetzen, als er nach seinem Kirchgang trotz eifrigen Suchens und Nachsinnens seinen Gasthof nicht wiederfindet, wo er seinen „Tuffelkorf" (Kartoffelkorb) mit einer Reisedecke, Lebensmitteln und zwei Paketen Tabak nicht wiederfindet. Seiner Verpflegung entblößt, wandert unser Bäuerlein den ganzen Tag durch die Straßen der Stadt, um seinen Logisgeber wiederzufinden. Vergebens. Ermattet und betrübt erreicht er den Bahnhof, wo sich mitleidige Menschen um ihn bemühen, denen er auf ihr Fragen nach Namen und Ort seines Logishauses nur antworten kann: „Ick weit nich. Et woard veel Beer utgraten in de Wirtschop!" Da ist guter Rat teuer. Man machte ihm begreiflich, daß er nur auf dem Wege einer Anzeige in der Zeitung wieder zu dem Seinigen kommen kann, was er auch einsieht, indem er sagt: „Ja, de Schulte bi us in' Doarp sall de Anzeige woll insatten laten." Aber noch hat er nicht alle Hoffnung aufgegeben. Da läuft ihm eine Frau in den Weg, die er bittet, sie möge am anderen Tage für ihn auf die Suche gehen nach seinem Kartoffelkorb. Höfliche Ablehnung. Das sei unmöglich. „Et wör Oer Schade nich west!" Sprachs und wanderte traurigen Blickes dem Bahnsteig zu. Ob er seinen Kartoffelkob mit kostbarem Inhalt wiedererhalten wird?

Bielefeld, 10. März. Nach den nunmehr vollzählig vorliegenden Ergebnissen der Gemeindeverordnetenwahlen im Landkreise Bielefeld sind in den 33 Gemeinden des Kreises je 126 bürgerliche und sozialdemokratische Gemeindeverordnete gewählt worden. In 11 Gemeinden überwiegen die bürgerlichen Vertreter, in 10 Gemeinden die sozialdemokratischen, während in den übrigen sich beide Grupepn gleich stark gegenüberstehen.

Rheda, 10. März. Einzigartig in ganz Westfalen dürfte wohl der Fall sein, daß bei den Stadtverordnetenwahlen neben den politischen Parteien auch der Ziegenzuchtverein mit einer besonderen Liste kandidierte und auch zwei seiner Kandidaten ins Stadtparlament hineinbekam.

Herford, 10. März. Der Herforder Polizei gelang es, einen ehemaligen Zuchthäusler, der hier in Husarenrittmeisteruniform als Werbeoffizier auftrat, festzunehmen. Der Hochstabler verübte im Gefängnis Selbstmord durch Erschießen.

Ahlen, 8. März. Arbeiterat und Magistrat veröffentlichen folgendes: „Genehmigung zur Veranstaltung von Tanz- und sonstigen Lustbarkeiten wird für die Dauer der Fastenzeit nicht erteilt." — Eine unerwartete Wiedersehensfreude wurde den Eheleuten Offenkemper, Hammer Straße, zuteil. Von ihrem Sohne Arnold, der in Ostafrika unter Lettow-Vorbeck kämpfte, hatten sie seit Kriegsbeginn nichts gehört, so daß sie ihn schon verloren glaubten. Nun erhielten die Eltern dieser Tage die telegraphische Nachricht aus Rotterdam, daß ihr Sohn wohlbehalten auf holländischem Boden angekommen sei und in einigen Tagen in Ahlen eintreffe.

Blotho, 8. März. Nachts beraubte eine aus drei Soldaten bestehende Räuberbande die Spar- und Darlehnskasse in Valdorf. Die Räuber, die Gewehre bei sich führten, verschafften sich unter Drohung in die Kasse Eintritt und zwangen den Kassierer, die Tresors zu öffnen. Sie nahmen dann 6000 *M* Papiergeld und 585 *M* Silbergeld und eine Nickeluhr mit. Nach Begehung des Raubes schlossen sie den Kassierer und den Hauswirt ein und verschwanden.

Blotho, 10. März. Die Unsicherheit in der hiesigen Gegend, welche durch landfremde Elemente hervorgerufen wird, ist in den letzten Wochen außerordentlich gestiegen. Größere Schweinediebstähle — es handelt sich dabei oft um Tiere im Gewichte von 300—400 Pfund — sind an der Tagesordnung.

Barmen, 8. März. Der Barmer Ärzteverein erließ eine Kundgebung, in der er auf die schwerwiegenden Gefahren aufmerksam macht, die ein Generalstreik zur Folge haben würde. Er weist besonders auf die Wirkungen hin, die eine weitere Verschlechterung der Nahrungsmittelzufuhr herbeiführen würde. Auch der Mangel an Kochgelegenheit zur Bereitung von warmem Essen, die Beschränkung der Möglichkeit, ärztliche Instrumente usw. zur Abtötung von Krankheitskeimen zu kochen, würden von unheilvollster Wirkung sein. Eine Verschlimmerung der jetzigen Zustände könne nur vermieden werden, wenn vermeidbare Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens verhindert würden. Die Kundgebung besagt zum Schluß: Das Beispiel Düsseldorfs zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Folgen der dortigen Unruhen: Die Säuglingssterblichkeit ist um 150 Prozent, die der andern Kranken um 100 Prozent gestiegen! Möge die Bürgerschaft die Tatsachen und die Beweggründe, welche den Ärzteverein bei dieser Veröffentlichung leiteten, nach ihrer ganzen hochernsten Bedeutung zum Wohle der Gesamtheit würdigen.

Düsseldorf, 8 März. **Belagerungszustand in Düsseldorf. Der Militäroberbefehlshaber v. Roeder, Generalmajor und Kommandeur des Landesschützenkorps, gibt bekannt: Im Namen des kommandierenden Generals des 7. Armeekorps wird vom 8. März 8 Uhr abends ab der Belagerungszustand über die Stadt Düsseldorf östlich des Rheins erklärt. Die vollziehende Gewalt geht hierdurch auf mich über.**

Düsseldorf, 8. März. Die Vertrauensleute der hiesigen Betriebe faßten folgende Entschließung: Sofortige Amnestie für alle von den Regierungstruppen wegen politischer Vergehen Verhafteten, Entschädigung der unschuldig in Haft Genommenen, sofortige Zurückziehung der Regierungstruppen, Wiedereinstellung der Gemaßregelten, restlose Zahlung der für den Streik bewilligten Entschädigung von 75 v. H. Werden diese Forderungen nicht zur Zufriedenheit erledigt, wird sich die Arbeiterschaft weitere Schritte vorbehalten. — Die Arbeiter Wilhelm und Jakob Libertus waren in die Wohnung eines Spediteurs auf dem Fürstenwall eingebrochen und hatten dort für 10 000 Mark Sachen entwendet. Die beiden Einbrecher kamen hinter Schloß und Riegel. — Obwohl der hiesige Arbeiterrat ein Kuchenbackverbot erlassen hatte, scheinen verschiedene Bäckereien und Konditoreien seit dem Einzuge der Regierungstruppen zu glauben, sie könnten wieder schalten und walten wie in früherer Zeit. In den Fenstern sieht man wieder Kuchen, Rodons, Gebäck und Weizenstuten. Warum wird so etwas geduldet, wo die Regierung nicht weiß, wie sie das Volk in der nächsten Zeit vor dem schrecklichen Hungergespenst bewahren soll? Hier ist es Sache der Behörde, schnell und radikal einzugreifen.

Düsseldorf, 8. März. Als das kommunistische Stadtoberhaupt Schmidtchen einmal in Essen sich nach beschleunigter Kohlenlieferung erkundigen wollte, entnahm er für diese Fahrt 30 000 *M* aus der Stadtkasse. Schon am folgenden Tage kehrte er zurück und führte 25 000 *M* an die Stadtkasse wieder ab. Wofür er die übrigen 5000 Mark in 24 Stunden gebraucht hat, das weiß nur Herr Schmidtchen. Welche Summen die flüchtigen Spartakisten mitgenommen haben, ist ebenfalls noch nicht ermittelt.

Düsseldorf, 10. März. **Die Sammlung für die Regierungstruppen weist reiche Beträge auf, an einer Stelle ergab dieselbe bis jetzt 7450 Mark. — Über die Finanzgebarung des früheren Vollzugsrats werden die abenteuerlichsten Nachrichten verbreitet. Der Vorstand des Arbeiterrates ist mit der Prüfung der Bücher und Kassenbeläge beschäftigt und wird über das Ergebnis der Öffentlichkeit Bericht erstatten. — Gelegentlich einer Konferenz der Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf veranstalteten diese Beamten eine Vertrauenskundgebung für den Regierungspräsidenten Dr. Kruse. Die Haltung desselben während der Spartakistenherrschaft habe auch im Ministerium des Innern Zustimmung gefunden. — Hier ist es gelungen, ein eingemauertes Waffenlager an das Tageslicht zu befördern; es befanden sich darin 50 Gewehre. Der Entdecker desselben erhielt eine Belohnung von 250 *M*.**

Essen, 8. März. **Bei der öffentlichen Verdingung der Ausführung eines Tonrohrkanals lautete von 19 Angeboten das niedrigste auf 26 602,25 *M*, das höchste auf 68 061 *M*. Ebenfalls öffentlich ausgeschriebene Erdarbeiten offerierte eine Berliner Firma mit 17 972,50 *M*, eine Essener Firma mit 56 952,50 *M*.**

Essen, 8. März. In Essen betätigt sich mit gutem Erfolg der „Politische Klub", der durch Redner der verschiedenen Parteibekenntnisse zu den politischen Tagesfragen in regelmäßigen Zusammenkünften Stellung nimmt und im Anschluß an jeden Vortrag seinen Mitgliedern Gelegenheit zu offener Aussprache gibt. Es ist erstaunlich, zu sehen, wie überraschend schnell sich dieser Verein aus kleinen Anfängen zu einer stattlichen Mitgliederzahl entwickelt hat, und welch regem Interesse alle seine Veranstaltungen begegnen. Das Bedürfnis zu politischer Aufklärung und Bildung ist infolge der grundlegenden Umwälzungen in unserem Vaterlande gerade jetzt besonders rege und sollte nach Kräften gefördert werden, damit endlich auch einmal der Deutsche politischen Verstand bekommt, der ihm bisher leider nur zu sehr fehlte.

Essen, 10. März. In der letzten Sitzung des Patenausschusses der Essener Kriegspatengemeinschaft wurden folgende bemerkenswerte Zahlen mitgeteilt: Bis zum 15. Februar 1919 sind 777 Paten gewonnen, die für 1285 Kinder Patenschaft übernommen haben. Außerdem sind größere Spenden sowie einzelne kleinere Beträge eingegangen und in den Sammelfonds geflossen, über 38 557 *M*, die der Beitrag für weitere 137 Patenschaften sind: Im ganzen sind also für 1422 Kriegerwaisen Gelder in der satzungsgemäßen Höhe vorhanden oder sichergestellt. Eingezahlt wurden bereits 326 605 *M* oder 81 Prozent der gezeichneten Beiträge. Der Rest wird in Teilbeträgen gezahlt. Von den 777 Paten haben 278 gleich 34,5 Prozent eine persönliche Patenschaft begründet, und zwar für 409 Kriegerwaisen.

Köln, 10. März. Einen stürmischen Zwischenfall gab es am Schöffengericht. Angeklagt waren ein Tagelöhner und ein Pflasterer, am 15. Januar Pferd und Wagen im Werte von 2500 *M* von der Straße gestohlen zu haben. Als der Amtsanwalt auf die äußerst verwegene und freche Tat hingewiesen und betont hatte, daß derartige Vergehen heute an der Tagesordnung seien, und nachdem er gegen jeden der Täter 2 Jahre Gefängnis beantragte, brach ein lautes Heulen, Weinen und Klagen aus. Frauen, alte und junge, drängten sich nach vorne und aus dem Zuhörerraum drangen mehrere Burschen in den Vorderraum, um ihrer Wut Luft zu machen. Als der Gerichtsdiener zugriff, sprang der Tagelöhner zur Tür hinaus. Alles beteiligte Volk drängte nach vorne und zum ersten Male am Schöffengericht mußte der bedrängte Gerichtsdiener seinen Säbel ziehen. Da der Flüchtling sich bald festgelaufen hatte, konnte er wieder eingefangen werden. Etwa ein halbes Dutzend Gerichtsdiener waren bald zur Stelle, um etwaigen Ausschreitungen entgegenzutreten. Das Urteil lautete auf je 3 Monate Gef.

Köln, 10. März. **Das Verbot des englischen Gouverneurs, das deutschen Frauen den Umgang mit den Besatzungstruppen untersagt, vielfach aber nicht Beachtung findet, hat in einem benachbarten Ort nachdrückliche Unterstützung gefunden. Dort waren am Sonntag die Namen der Frauenspersonen, die verbotenen Verkehr mit den fremden Truppen pflegen, fein säuberlich, groß und gut lesbar zu jedermanns Kenntnisnahme auf einem Plakat angeschlagen, und zwar an einer Stelle, die jeder Kirchenbesucher passieren mußte.**

Köln, 10. März. **Mit besonders strengen Strafen geht das britische Militärgericht jetzt gegen Personen vor, die zum zweiten Male bei Vergehen gegen die britischen Verordnungen ertappt werden. So erhielt ein Arbeiter, der schon einmal wegen des Besitzes von britischer Marmelade und Fleischkonserven bestraft worden war, wegen des gleichen Vergehens drei Wochen Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Ein Restaurateur wurde wegen Abhaltens von Tanzmusik zu vier Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.**

Heinsberg, 10. März. **Hier ist es jetzt ein besonderes Vergnügen, krank zu sein. Die zahlreichen Hamsterer und Schleichhändler werden an den Bahnhöfen neuerdings aufs schärfste untersucht. Bisher konnte man mehrere hundert Pfund Butter, Schokolade usw. beschlagnahmen. Die Sachen werden auf Krankenatteste verteilt, sodaß manchem Kranken eine besondere Freude erwiesen wird. — Der Schleichhandel mit Kartoffeln hat in letzter Zeit einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die zahlreichen Hamsterer bringen die Waren in der Regel nach Aachen, wo sie 60 *M* für den Zentner Kartoffeln fordern.**

Telegramme und Drahtnachrichten.

Greueltaten der Spartakisten.

TU **Berlin,** 10. März. **Nach ihrem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten gestern abend Lichtenberg und unternahmen einen Rachezug gegen die Polizeiwache des ersten Reviers. Die Spartakisten ermordeten sämtliche Offiziere, Wachtmeister und Soldaten, 60 an der Zahl.**

Berlin, 10 März. **Die Lichtenberger Post wurde von Spartakisten mit schweren Minen belegt und mit Maschinengewehr beschossen, sodaß die Besatzung, die aus 1 Offizier und 54 Mann bestand sich ergeben mußten. Sie wurden auf einem benachbarten Schulhofe sämtlich niedergeschossen. In der Wrangelstraße überfielen Spartakisten ein Krankenautomobil griffen die darin befindlichen verwundeten Soldaten heraus und töteten sie. Am Ringbahnhof wurde eine Patrouille von 7 Regierungs-Soldaten festgenommen und mit Kolben solange bearbeitet, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gaben.**



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen heute morgen 10½ Uhr unsern lieben unvergesslichen Sohn und Bruder

Walter

uach kurzer schwerer Krankheit im blühenden von 11 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dieses zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme:

Familie Robert Eicker.

Eickerschmitte, den 8. März 1919.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. ds. Mts. nachm. ½2 Uhr vom Sterbehause über Schwenke nach Halver statt.

Bekanntmachung.
Gemeindeverordnetenwahl Halver.

Bei der Gemeindeverordnetenwahl für die Gemeinde Halver am 2. März 1919 sind nach der amtlichen Feststellung durch den Wahlausschuß 3031 gültige Stimmen abgegeben worden. Hiervon entfallen auf den Wahlvorschlag I Rittinghaus 1531 und auf den Wahlvorschlag II Enneper 1500 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Lehrer Karl Heinrich Rittinghaus in Halver,
2. Lageriſt Gustav Karl Lemmert in Halver,
3. Hebamme Frau Robert Bergmann in Halver,
4. Fabrikarbeiter Rudolf Marx in Oeckinghausen,
5. Schneidermeister Ernst Kappes in Oberbrügge,
6. Schlosser Adolf Bremicker in Halver,
7. Eisenbahn-Unterassistent Ernst Köhler in Vollme-Ehringhausen]
8. Straßenwärter und Landwirt Otto Keil in Vormbaum,
9. Landwirt Gustav Adolf Enneper in Engstfeld,
10. Fabrikarbeiter Wilhelm Schulte in Halver,
11. Fabrikant Heinrich Gierſieper jr. in Ehringhausen,
12. Agent Adolf Welter in Halver,
13. Landwirt Wilhelm Lausberg in Ober-Bahlefeld,
14. Lehrer Paul Mühlen in Halver,
15. Landwirt Otto Paulmann in Meſenhohl.

Halver, den 8. März 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Bei der Gemeindeverordnetenwahl für die Gemeinde Schalksmühle am 2. März 1919 sind nach der amtlichen Feststellung durch den Wahlausschuß insgesamt 880 gültige Stimmen abgegeben worden. Hiervon entfallen auf den Wahlvorschlag I Schulz 317 und auf die verbundenen Wahlvorschläge II Kaiser und III Sinn 563 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Bäckermeister August Schulz in Schalksmühle,
2. Fabrikant Hans Curt Jaeger in Schalksmühle,
3. Landwirt Richard Cramer in Reeswinkel,
4. Monteirer Ewald Kaiser in Schalksmühle,
5. Faktor Hermann Diergarten in Schalksmühle,
6. Fabrikschreiner Carl Sinn in Schalksmühle,
7. Walzer Karl Kückelhaus in Dahlerbrück,
8. Hammerschmied Otto Bornmann in Schalksmühle.

Halver, den 8. März 1918.

Der Amtmann.

Amt Lüdenscheid.

Bei der Neuwahl der Gemeindevertreter am 2. März dieses Jahres sind nach der amtlichen Feststellung durch den Wahlausschuß

a) in der Landgemeinde Lüdenscheid

4141 gültige Stimmen abgegeben worden. Hiervon entfallen auf die verbundenen Wahlvorschläge Lieb, Sassenberg und Voß 1036 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Altrogge Wilhelm, Landwirt, Kleinendreſcheid,
2. Bosinger Emil, Lagerhalter, Mühlenrahmede,
3. Bräucker Ernst, Fabrikarbeiter, Brüninghuusen,
4. Cordt Ernst, Landwirt und Wirt, Hülscheiderbaum,
5. Hoffmann Rudolf, Dreher, Lösenbach,
6. Kaufmann, Frau Laura, Gevelndorf,
7. Kawi Franz, Fabrikarbeiter, Mühlenrahmede,
8. Kuhne Fritz, Lehrer, Peddenſiepen,
9. Lieb Erhard, Kaufmann, Brügge,
10. Sassenberg Alfred, Kaufmann, Oberrahmede,
11. Schüngel Adolf, Lagerhalter, Oberrahmede,
12. Schuster Wilhelm, Hammerſchmied, Gottmecke,
13. Rentrop Emil Dr., Gutsbeſitzer und Institutsvorsteher, Spielwigge]
14. Voß Wilhelm, Lehrer, Lösenbach,
15. Wolkewitz Gustav, Lok.-Führer, Brügge.

b) In der Gemeinde Hülscheid

wurden abgegeben 1262 gültige Stimmen. Hiervon entfallen auf die verbundenen Wahlvorschläge Schmermbeck Halbach, Bunſelmeier 688 Stimmen.

Gewählt sind:

1. Bunſelmeier Fritz, Lehrer, Spormecke,
2. Dannenberg Hugo, Schleifer, Flaßkamp,
3. Heinz Hugo, Zieher, Flaßkamp,
4. Hohage Peter jr., Landwirt, Winkeln,
5. Nolte Hugo, Architekt, Dahlerbrück,
6. Schmermbeck Ernst, Schmied, Schalksmühle.

Lüdenscheid, den 8. März 1919.

Der Wahlvorstand: J. A. Strosſer, Amtmann.

Landwirtschaftlicher Verein e. V.
Hauptversammlung

am Sonnabend, den 15. März 1919, nachm. 5 Uhr im Vereinslokal „Gasthaus zur Post" in Halver.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Allseitiges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Halver, den 5. März 1919.

Der Vorstand.

Amt Halver.

Säuglingsfürsorge Mutterberatungsstelle.

Was ist die Mutterberatungsstelle?

Eine Stelle, bei der sich Mütter und Pflegemütter von Kindern bis zum **vollendeten zweiten Lebensjahre kostenlos Rat** über Pflege und Ernährung ihrer Kinder holen können. Wird ein Kind krank befunden und bedarf es ärztlicher Behandlung, so wird erst nach der Genesung wieder zugelassen

Wer leitet die Mutterberatungsstelle?

Die Kreisfürsorgeschwester.

Was geschieht mit dem Kinde in der Mutterberatungsstelle?

Das Kind wird untersucht, um das gesundheitliche Befinden, den Ernährungszustand und die Pflege festzustellen. Es wird auf einer genauen Kinderwage gewogen, damit von Sprechstunde zu Sprechstunde eine Zu- oder Abnahme des Kindes festgestellt werden kann. Es wird ferner ermittelt, ob die Mutter gesund und kräftig genug ist, ihr Kind zu stillen, und angeben, wie oft und wie lange die Mutter das Kind anlegen soll, damit beide, Mutter und Kind, gesund bleiben.

Welcher Nutzen erwächst der Mutter aus dem Besuche der Mutterberatungsstelle?

Sie ist imstande, an Hand der Angaben der Fürsorgeschwester, sowie der Ergebnisse des jedesmaligen Wiegens, das Gedeihen ihres Kindes selbst zu verfolgen. Eine Mutter, die Gelegenheit hat, sich jederzeit kostenlos sachgemäßen Rat einzuholen, wird es vermeiden, ihr Kind durch Anwendung kostspieliger und in ihrer Wirkung zweifelhafter Mittel in Gefahr zu bringen.

Sie wird mit größerer Sicherheit und Freude die schwierige Aufgabe, ein Kind gesund über die ersten Lebensjahre zu bringen durchführen.

Wann und wo finden diese Beratungsstunden statt?

Die Beratungsstunden finden alle 14 Tage nachmittags von 2—3 Uhr in Halver im Gasthause „Zur Fuhr" und in Schalksmühle bei Herrn Gemeinde-Vorsteher Groll statt.

Die erste Beratungsstunde in Halver findet am Freitag den 14. März 1919 nachmittags von 2—3 Uhr im Hause „Zur Fuhr" und die erste Beratungsstunde in Schalksmühle am Montag, den 17. März 1919, nachmittags 2—3 Uhr beim Gemeindevorsteher Groll statt.

Um allseitige Teilnahme wird gebeten.

Halver, den 6. März 1919.

Der Amtmann.

Amt Lüdenscheid.

Die Bekanntmachung vom 6. März ds. Js. betr. den Verkauf von Streckfleisch, wird dahin abgeändert, daß der Preis für ein Pfund nicht auf 2,10 Mk. sondern auf 2,20 Mk. festgesetzt wird

Lüdenscheid, den 8. März 1919.

Das Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Das Kriegswirtschaftsamt in Dortmund hat die Brotmarken des Stadtkreises Dortmund für die 11. Kalenderwoche, also für die Woche **16. 3. bis 22. 3. ds. Js.,** für ungültig erklärt.

Ich mache die Bäcker und Mehlhändler des Kreises Altena darauf aufmerksam, daß die Brotmarken des **Stadtkreises** Dortmund für die obige Woche nicht angenommen werden dürfen, **da für diese Brotmarken kein Mehl erstattet wird.**

Altena, den 7. März 1919.

Der Landrat: Thomée.

Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.

Die Verordnung zur Bekämpfung der Geschlechtskranheiten vom 11. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1431) bestimmt:

§ 1.

Geschlechtskrankheiten im Sinne dieser Verordnung sind Syphilis, Tripper und Schanker, ohne Rücksicht darauf, an welchen Körperteilen die Krankheitserscheinungen auftreten.

§ 2.

Personen, die geschlechtskrank sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie ihre Krankheit weiter verbreiten, können zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen, insbesondere in ein Krankenhaus überführt werden, wenn dies zur wirksamen Verhütung der Ausbreitung der Krankheit erforderlich erscheint. Aerztliche Eingriffe, die mit einer ernsteren Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden sind, dürfen nur mit Einwilligung des Kranken vorgenommen werden.

Die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht.

Ich bringe diese Bestimmungen in Kenntnis mit dem Bemerken, daß fachärztliche Beratung **unentgeltlich** durch Herrn Dr. Blasius in Hagen i. W. Goldbergstraße 7a — Anruf: Hagen 2233 — stattfindet. Die Kosten für notwendige Krankenhausbehandlung werden — auch bei nicht zwangsweiser Einweisung in ein Krankenhaus — in der Regel aus öffentlichen Mitteln bestritten.

Altena, den 1. März 1919.

Der Landrat: Thomée.

Milchversandscheine

empfiehlt die

Geschäftsstelle dieser Zeitung

Bekanntmachung.

Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarsachen vom 16 Februar 1919.

Die Preußische Regierung verordnet mit Gesetzeskraft, was folgt:

§ 1. Alle bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung von den Dienstvorgesetzten verhängten oder von den entscheidenden Disziplinarbehörden oder Disziplinargerichten rechtskräftig erkannten Ordnungsstrafen wegen Dienstvergehen, die vor dem 9 November 1918 begangen sind, werden einschl. der Kosten des Verfahrens erlassen, insoweit zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung die Strafen noch nicht vollstreckt und die Kosten noch nicht entrichtet sind.

§ 4. Alle förmlichen Disziplinarverfahren, alle Disziplinaruntersuchungen, sowie alle sonstigen Disziplinarverfahren wegen Dienstvergehen, die vor dem 9. November 1918 begangen sind, werden einschließlich die Kosten des Verfahrens niedergeschlagen, sofern nach Lage des Falles die Annahme gerechtfertigt ist, daß die entgültige Entscheidung nicht auf Versetzung in ein anderes Amt oder Richteramt von gleichem Range, auf Dienstentlastung oder auf Verlust des Amtes (§ 16 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, § 15 Nr. 3 und 4 des Gesetzes vom 7. Mai 1851 in der Fassung des § 1 des Gesetzes vom 26. März 1856, Art. 94 Nr. 4 des Gesetzes vom 21. September 1899) lauten werde. Unter der gleichen Voraussetzung wird für alle vor dem 9. November 1918 begangenen Dienstvergehen, wegen derer ein Verfahren noch nicht anhängig ist, Straffreiheit gewährt.

§ 6. Ob ein Verfahren durch diese Verordnung niedergeschlagen ist, muß in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen geprüft werden. Der Angeschuldigte ist vor einer ihm ungünstigen Entschließung zu hören.

Bei Kriegsteilnehmern ist zu berücksichtigen, wie sie sich als solche besonders vor dem Feinde, bewährt haben.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 16. Februar 1919.

Die Preußische Regierung.

Hirsch, Braun. Eugen Ernst. Fischbeck. Hoff Haenisch. Südekum. Heine. Reinhardt.

Vorstehenden Auszug aus der in Nr. 47 des Reichsanzeigers vom 25. 2. 19 erschienenen Verordnung bringe ich zur öffentlichen Kenntnis.

Der Landrat: Thomée.

Ein tüchtiger
Breitemeister
für Hacken, Schaufeln und Spaten gesucht.
Angebote unter BNr. 495 an die Expedition des „Allg. Anz." Halver erbeten.

Erfahrener
Werkzeugschlosser
auf elektrische Bedarfsartikel für dauernd und sofort gesucht.
Wilhelm Förster,
Schmidtsiepen b. Oberbrügge.

Ein
Schleifer
zum schleifen und polieren von kleinen Schrandstöcken
sowie 2 bis 3
jugendl. Arbeiter
für sofort gesucht von
Gustav Hohnsel,
Brügge i. Westf.

Für Frachtfuhrwerk 2 Pferde
tüchtigen
Fuhrknecht
gesucht gegen hohen Lohn und guten Familientisch.
Nur schriftliche Angebote unter H. W. 484 an die Geschäftsst. d. Allg. Anz. Halver.

Suche für meine Tochter per 1. Mai eine Stelle als
Kindermädchen.
Wer sagt die Geschäftsstelle des „Allgemeinen Anzeigers", Halver.

Komplette
Taschenlampen
und
lose Batterien
empfiehlt
W. Bell jr., Halver.

Sämtliche
Bürsten-Waren
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
usw. usw.
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver

Wir suchen verkäufl. Häuser
an beliebigen Plätzen, mit und ohne Geschäft, behufs Unterbreitung an vorbemerkte Käufer. Besuch durch uns kostenlos. Nur Angebote von Selbsteigentümern erwünscht an den Verlag der
Vermiet- u. Verkaufszentrale
Köln a. Rh., Friesenplatz 16.

Markttaschen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Stelle heute wieder eine große Auswahl

prima Ferkel u. Läuferschweine
sowie gedeckte ostfriesische
Milchschafe
zum Verkauf.
Karl Schmale, Halver.
Telefon 23

Sind Dienstag morgen mit einer Auswahl großer und kleiner

oldenburger Schweine
an unsern elterlichen Wohnungen in Kierspe-Bhf. und Grüne bei Vollme anwesend, und laden Kaufer freundl. ein.
Wilhelm Clever, Julius Crone.

Dienstag, 11. 3. u. folg. Tage große Mnege billige 1a. Ferkel von 120, 135, 150 Mark auch Läuferschweine sehr billig bei

Carl Berfuß, Marienheide.
Fernsprecher: Amt Rönsahl 102.